Dringliche Anfrage:

Vermietung von Räumlichkeiten an der Heinerich Wirri-Strasse 3 (ehem. Gastrosocial) an die GönHort GmbH

Spätestens per August 2018 muss gemäss dem neuen Kinderbetreuungsgesetz (KiBeG, Volksentscheid vom Juni 2016) ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen werden. Die Wartelisten sind lang, Aarauer Eltern können bis jetzt nicht davon ausgehen, dass sie in absehbarer Zeit einen Betreuungsplatz für ihre Kinder finden, in Extremfällen kann es mehrere Jahre dauern, bis es endlich klappt.

Dass der zusätzliche Bedarf ausgewiesen ist, bestätigte der Stadtrat im März 2017 in der Beantwortung einer Anfrage von Gabriela Suter und Anja Kaufmann zur Umsetzung des KiBeG wie folgt: „Der Stadtrat ist von der Notwendigkeit der Kinderbetreuung überzeugt (…). Der Stadtrat hat hierzu noch keine strategisch-politischen Eckwerte beschlossen. „

Bis heute – ein halbes Jahr vor dem Termin! – ist dem Einwohnerrat jedoch nicht bekannt, wie das neue Gesetz realisiert werden soll.

Angesichts fehlender Perspektiven haben sich private Initiativen entwickelt. So wurde letztes Jahr von betroffenen Eltern die GönHort GmbH gegründet. Deren Ziel ist es, auf das Schuljahr 2018/2019 in Räumlichkeiten an der Heinerich Wirri-Strasse 3 eine professionelle familien- und schulergänzende Tagesbetreuung anzubieten. Der Bedarf ist ausgewiesen! Bis zum heutigen Zeitpunkt liegen der GönHort GmbH über 80 Anfragen/Anmeldungen für die Nachmittagsbetreuung und über 100 Anfragen/Anmeldungen für den Mittagstisch vor.

Letzte Woche wurden **mit Bezug auf die Pläne der GönHort GmbH** per Email folgende Fragen an den Stadtrat geschickt. Da die Antwort bis dato aussteht, stellen wir sind an dieser Stelle nochmals:

- Ist die Stadt interessiert im Gastrosozial-Gebäude einen Hort einzurichten?
- Liegt der Mietvertrag schon vor? Gibt es noch offene Punkte?

Damit die GönHort GmbH ihren Betrieb wie geplant im August 2018 aufnehmen kann, braucht es dringend einen Entscheid und eine Mietvertrag. Deshalb fragen wir desweitern:

- Ist der Stadtrat gewillt, einen politischen Entscheid zugunsten der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung zu fällen?
- Ist der Stadtrat gewillt, private Initiativen im Bereich Kinderbetreuung zu unterstützen (auch unter Verzicht auf höhere Mietzinseinnahmen, Renditen etc.), damit das KiBeG zeitgerecht umgesetzt werden kann?
- Wann ist mit der Botschaft zur Umsetzung des KiBeG zu rechnen?

Wir danken für die Beantwortung der Fragen.

Petra Ohnsorg (Grüne) Lelia Hunziker (SP)

Esther Belser (Pro Aarau) Patrick Deucher (FDP)